Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Mess-Auflage 19,150.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 50 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 130. Montag den 10. Mai 1886. 80. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Am 24. dieses Monats wird mit der Umlegung der Gasrohre in der **Petersstraße** in die Trottoirs der Westseite wieder begonnen werden; sodann werden sich die übrigen mittelst Bekanntmachung vom 2. Februar d. Js. angekündigten Arbeiten unmittelbar anschließen.

Leipzig, am 3. Mai 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. G.

Bekanntmachung.

Das **Freibad** am Kopfwehr wird am **15. Mai** lfd. Js. eröffnet. Die Beaufsichtigung desselben haben wir auch in diesem Jahre Herrn Fischermeister **Carl Wilhelm Meißner** übertragen.

Für Benutzung des Bades gelten die unter ⊙ nachstehenden Vorschriften.

Leipzig, den 5. Mai 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kutschmer.

⊙

1) Die Anstalt kann in der Zeit von Morgens 5 bis Nachmittags 1½ Uhr und von Nachmittags 3½ Uhr bis zum Dunkelwerden unentgeltlich benutzt werden.

2) Die tägliche Schlußzeit wird durch zwei Zeichen mit der Glocke angegeben.

3) Nach dem ersten Zeichen wird Niemand mehr eingelassen, nach dem zweiten haben die Badenden sich sofort aus den Bassins und sodann mit möglichster Beschleunigung aus der Anstalt zu entfernen.

4) Erwachsene werden in das Bad nur gelassen, wenn sie mit Badehosen versehen sind.

5) Die Terrons, Brücken, Aus- und Ankleidestellen, Bassins und sonstigen Räumlichkeiten der Anstalt dürfen in keiner Weise verunreinigt werden.

6) Niemand darf den Andern bespritzen, untertauchen oder sonst belästigen.

7) Alles unnöthige Schreien, Lärmen und Herumlaufen in der Anstalt ist untersagt.

8) Abwaschungen mit Seife dürfen nur an dem dazu bestimmten Orte vorgenommen werden.

9) Das Ein- und Aussteigen darf nur auf den Treppen geschehen.

10) Die jedesmalige Benutzung der Anstalt ist auf die Dauer einer Stunde beschränkt.

11) Das E[illegible]ringen von Hunden in die Anstalt ist verboten.

12) Das L[illegible]ren der Rasenböschungen, das Ueberspringen der Barrièren und [illegible] Baden in den Zu- und Abflußgräben ist nicht gestattet.

13) Jeder Besucher der Anstalt hat dem Aufseher auf dessen Verlangen seinen Namen und Stand, sowie seine Wohnung zu nennen.

14) Den Anordnungen des Aufsehers ist unweigerlich Folge zu leisten.

15) Widersetzlichkeiten gegen denselben oder Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Geldstrafe oder Haft, oder auch mit dem Verbote fernerer Benutzung der Anstalt geahndet.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Armenamte sollen im Stadthause **Mittwoch, den 12. Mai a. c., Vormittags von 9 Uhr an eine Partie getragene Kleidungsstücke**, Möbel, Haus- und Küchengeräthe, Betten, sowie ein **Ariston** (Musikwerk) mit dazu gehörigen Notenblättern meistbietend versteigert werden.

Leipzig, den 6. Mai 1886.

Das Armenamt.
Ludwig-Wolf. Jungähnel.

Nichtamtlicher Theil.

Die Wahlen in Belgien.

* Die klerikale Partei Belgiens, welche seit dem 10. Juni 1884 durch die Zersplitterung der Liberalen zur Regierung gelangt, steht abermals vor einem entscheidenden Wahlkampfe, dessen Ausgang sich noch keineswegs vorher bestimmen läßt.

Wie der Telegraph meldet, tritt schon morgen, Dienstag, die Brüsseler Wählerschaft an die Wahlurne, um an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Renson einen Vertreter in die Deputirten-Kammer zu entsenden. Am 8. Juni läuft die Mandatsdauer von 72 Abgeordneten ab, deren Ersatz auf die nächsten Geschicke Belgiens jedenfalls von großem Einfluß sein dürfte. Morgen handelt es sich darum, die Zahl und die Kraft der klerikalen Partei in der Hauptstadt, welche am 10. Juni 1884 so überraschend zu Tage trat, auf eine neue, entscheidende Probe zu stellen. Wenn diesmal wieder der klerikale Candidat, General Jacmart, als Sieger aus der Wahlurne hervorgeht, dann gehört die belgische Hauptstadt, welche noch vor zwei Jahren in dem Rufe einer festen Burg des Liberalismus stand, für lange Zeit den Ultramontanen, die auch alle Mittel aufbieten werden, um ihre Herrschaft möglichst dauernd zu befestigen. Gelingt es jedoch einem der oppositionellen Candidaten, sei es dem Radicalen Paul Janson, der ein ehemaliges Mitglied der Internationale und Republikaner von Gesinnung, oder dem gemäßigt liberalen Bürgermeister Buls den Sieg davonzutragen, dann ist das politische Ansehen des Ministeriums Beernaert als bedenklich erschüttert zu betrachten. Die Brüsseler Abgeordneten, welche das Centrum bilden, auf das sich die Regierung stützt, hätten dann das Vertrauen der Wählerschaft verloren, und der Sturz der klerikalen Herrschaft wäre nur eine Frage weniger Monate.

Unter diesen Verhältnissen ist es selbstverständlich, daß die Wahlbewegung in Belgien, besonders in Brüssel, wo schon Dienstag der Vorkampf zwischen Klerikalen und Liberalen stattfinden wird, ein hochgehender ist. Diesmal scheint die liberale Partei nichts versäumen zu wollen, um sich den Wahlsieg zu sichern. Das liberale Brüsseler Wahlcomité, welches den Bürgermeister Buls gegen den klerikalen Candidaten, General Jacmart, aufgestellt hat, entfaltet schon seit Wochen eine große Thätigkeit. Die Straßenecken der Hauptstadt sind mit Wahlaufrufen an die liberale Bürgerschaft bedeckt, der große Wahlverein derselben [illegible]nd seine in den verschiedenen Stadttheilen thätigen Zweigcomités entfalten eine lobenswerthe Rührigkeit, kurz die ganze liberale Wahlbewegung Brüssels scheint äußerlich an dem schließlichen Erfolg der liberalen Partei nicht zweifeln zu lassen. Wir sagen indeß mit Vorbedacht „äußerlich", weil selbst die beste Leitung einer Wahlagitation noch in letzter Stunde auf Zwischenfälle und Hindernisse stoßen kann, welche den Erfolg an der Wahlurne fraglich machen können. Soviel steht gegenwärtig in Brüssel und ganz Belgien jedenfalls fest, daß die Liberalen die ihnen gegenüber stehenden Ultramontanen und Radicalen keineswegs unterschätzen dürfen. Es ist seit dem Wahlsiege der Ultramontanen im Sommer 1884 und dem Sturze des liberalen Cabinets Frère Orban schon oftmals an der Hand von Thatsachen darauf aufmerksam gemacht worden, daß in jenem Wahlkampfe die Liberalen nur durch ihre Uneinigkeit und Zersplitterung unterlegen sind. Seither und besonders gegenüber der in nächster Aussicht stehenden Wahlen mag allerdings für eine festere Gliederung und Disciplin der liberalen Partei gesorgt worden sein, aber an Zahl und Einfluß scheint sie keineswegs zugenommen zu haben. Im Gegentheil, die Zerfahrenheit und Zersplitterung der Liberalen, welche vor zwei Jahren den Ultramontanen den Wahlsieg und den Sturz der liberalen Regierung ermöglichten, haben seither nur zu einer bedenklichen Schwächung der gemäßigt liberalen Partei Belgiens geführt. Als das Ministerium Frère Orban der klerikalen Cabinetsbildung weichen mußte, kam es im liberalen Lager zwischen den gemäßigten Gruppen und den fortschrittlich gesinnten zu heftigen Scenen und Vorwürfen, welche schließlich mit dem Ausscheiden einer großen Zahl Fortschrittler von der liberalen Partei endeten. Diese Ausgeschiedenen haben sich alsbald der radicalen Partei angeschlossen, welche ja nicht allein in Belgien, sondern auch anderswo den entschiedenen Fortschrittlern zunächst liegt. Auch in Belgien sind heute diese zu den Radicalen übergelaufenen Fortschrittler die erbittertsten, fanatischsten Gegner der gemäßigten Liberalen, welche sie geradezu des unfruchtbaren politischen Stillstandes und der Reaction beschuldigen. Die Brüsseler Radicalen haben, wie schon erwähnt, das ehemalige Mitglied der Internationalen, Paul Janson, als ihren Candidaten aufgestellt, welcher auch gegenwärtig mit seinen republikanischen Gesinnungen auf die Wählermassen zu wirken sucht. Die radicale Agitation muß in Brüssel als eine überaus heftige bezeichnet werden, wenn sie auch bisher noch ziemlich ruhig, das heißt ohne Einmischung seitens der Polizei, verlaufen ist. Da indeß in Belgien die Redefreiheit in den öffentlichen Versammlungen eine ganz unbeschränkte ist, so findet in der Regel die Polizei nur dann Gelegenheit zum Einschreiten, wenn es zu gewalthätigen Auftritten und Ausschreitung kommt. Ausrufungen verhalten sich äußerlich die Ultramontanen, was freilich nicht ausschließt, daß insgeheim um so heftiger agitirt wird.

Am 8. Juni haben sich 49 liberale und 23 klerikale Abgeordnete einer Wiederwahl zu unterziehen. Wie heute aus Brüssel gemeldet wird, haben die Liberalen beschlossen, die Wiederwahl der ausscheidenden Ultramontanen nirgends zu bekämpfen, mit Ausnahme von Verviers, wo der letzte klerikale Abgeordnete wohl unterliegen dürfte. Dagegen bestreben sich die Ultramontanen, in Gent und Tournay Erfolge zu erreichen, wo sie zwei Mandate zu erobern hoffen. Es ist indeß zweifelhaft, ob dieser klerikale Ansturm gegen die beiden genannten Städte gelingen wird, da dort die Liberalen ziemlich fest verschanzt zu sein scheinen. In Brüssel selbst sieht man der Ersatzwahl für den verstorbenen Abgeordneten Renson mit großer Spannung entgegen.

Leipzig, 10. Mai 1886.

* **Von dem Verlauf der zweiten Lesung der kirchenpolitischen Vorlage im preußischen Abgeordnetenhause** war schließlich alle Welt überrascht, denn selbst in Regierungskreisen hatte man angenommen, daß zwei Tage für dieselbe erforderlich sein würden, während die Sache in zwei Stunden abgemacht war. Der Abg. Dr. Gneist, der bekanntlich auf der rechten wie auf der linken Seite des Hauses zahlreiche Gegner zählt, fand allseitig lebhafte Anerkennung dafür, daß er sich opferte und bei jedem Paragraphen die Bedenken seiner Fraction vertheidigte. Die wirklich als störend zu bezeichnende Unruhe im Saale, gegen welche schließlich der Abg. v. Eynern Beschwerde führte, ging lediglich vom Centrum aus. Es ist aufgefallen, daß aus den Reihen der Deutschfreisinnigen Niemand das Wort ergriff und die Fraction überall mit der Mehrheit stimmte. Die dritte Lesung wird jedenfalls nur eine einzige Sitzung und noch dazu nicht einmal eine ausgedehnte erfordern; es sei denn, daß Dr. Virchow das Wort zu einer längeren Ausführung nähme, welche Erwiderungen nöthig machte, oder gar Fürst Bismarck erschiene.

* Der **„Reichsbote"** und die von ihm vertretene **Stöcker'sche Richtung** in der conservativen Partei wird von der **„Norddeutschen Allgemeinen Zeitung"** am hochofficiöser Stelle scharf mitgenommen. Es handelt sich um eine Meinungsverschiedenheit in Sachen der „Lehrerzeitungen", die hier ohne Belang ist. Was die Hauptsache ist, ist die Sprache gegen den „Reichsboten". Es heißt da:

„Der „Reichsbote" glaubt unsere Mahnung ablehnen zu dürfen; die Rüpeleien aber, deren er sich dabei bedient, geben wieder ein sehr charakteristisches Bild von dem, was man hier bei uns „conservative Bewegung" nennt. Man liebt es auf jener Seite, sich je nachdem in pastoralen Sermonen zu ergehen oder mitzuschimpfen, wenn Andere auf Diejenigen schimpfen, die im Kampfe gegen destructive Tendenzen des Tages Last und Arbeit getragen haben. Dieser Kampf ist von der sich als die eigentlich-conservative betrachtenden Presse bisher bei uns nie ernsthaft aufgenommen worden, weil man glaubt, sich darauf verlassen zu können, die Regierung werde schon die Arbeit besorgen, welche eigentlich der conservativen Partei als solcher zustände. Es mag ja sein, daß ein derartig indolentes Verhalten dem Geschmacke Derer entspricht, welchen ruhig und seicht dahinfließende Gewässer behagen; die conservative Sache aber, deren Lebensinteresse es ist, dem destructiven Geist zu steuern, profitirt dabei absolut nichts. Wenn eine Zeit kommen sollte, in welcher diese Sippen für die eigene Haut zu kämpfen genöthigt sein werden, dann dürfte sich die jetzige Indolenz derselben an ihnen bestrafen; — dann aber dürfte es auch zu spät sein, um die Sache zu ändern."

* **Zum Stande der Cabinetscassen-Angelegenheit in Bayern** wird der „Kölnischen Zeitung" aus Berlin geschrieben:

Ueber die Verhältnisse der bayerischen Cabinetscasse hören wir aus guter Quelle, daß der Gedanke, zu ihrer Regelung die Hilfe der Gesetzgebung in Anspruch zu nehmen, nach dem Verhalten der Ultramontanen der Zweiten Kammer als aufgegeben betrachtet werden muß. Andererseits unterliegt es keinem Zweifel, daß, wie wir schon angedeutet haben — wenn der König will —, die Abwickelung des zur Zeit vorhandenen Defizits auch ohne den Weg der Gesetzgebung leicht bewerkstelligt werden könnte. Allerdings wären dabei wesentliche Einschränkungen in den Neubauten und Ersparungen in verschiedenen Hofstaats-Ausgaben Voraussetzung. Schon das Aufgeben oder doch Vermindern der Sonderverstellungen, welche im Verhältniß zu dem durch sie bereiteten Genuß ungeheuere Kosten verursacht haben, würde wohlthuend schwer ins Gewicht fallen. Es ist wohl anzunehmen, daß die bayerischen Minister, welche in dieser Angelegenheit seit Jahren durchaus solidarisch vorgegangen sind, als sie dem Könige über den beim Landtage vergeblich gemachten Versuch Bericht erstatteten, den Weg aufs Neue angedeutet haben, selbständig der Schwierigkeiten Herr zu werden. Die auf heute angesetzten Verhandlungstermine gegen die königliche Cabinetscasse sind, wie aus München mitgetheilt wird, auf Verlangen der Gläubiger bis zum Juni vertagt worden. Daß sich die Kläger besonderer Sympathien in der öffentlichen Meinung zu erfreuen hätten, kann man nicht sagen, namentlich angesichts der Thatsache, daß erst vor so kurzer Zeit die damals vorhandenen Forderungen durch eine außerordentliche Maßregel gedeckt wurden. Es bleibt jetzt abzuwarten, welchen Eindruck der neue Bericht des Ministeriums an höchster Stelle machen wird.

* * *

* **Das ungarische Abgeordnetenhaus** beschäftigte sich in den letzten Tagen mit dem **Landsturmgesetz**, gegen das nicht nur seitens der äußersten Linken Einwände staatsrechtlicher Natur erhoben werden, sondern das auch bei der gemäßigten Opposition auf lebhaften Widerspruch stößt. Letztere erhebt namentlich gegen die Verwendung des Landsturmes außer Landes und die Unterstellung desselben unter die Militairjustiz Einspruch. Bemerkenswerth ist, daß der Landsturm Ungarn mit jährlich 200,000 Gulden belasten und daß die Ausrüstung der für Ersatzzwecke bestimmten Mannschaften die Summe von 7 Millionen beanspruchen werde. Für Oesterreich dürfte der Landsturm deshalb die jährliche Ausgabe von etwa 300,000 Gulden und für die einmalige Ausrüstung die Summe von 9 bis 10 Millionen erfordern.

* **Zu den baltischen Angelegenheiten** wird der „Kölnischen Zeitung" aus **St. Petersburg**, 4. Mai geschrieben:

Wie es den Anschein hat, steht eine neue Gewaltmaßregel der russischen Regierung gegen die Ritterschaft in den Ostseeprovinzen bevor. Derselben als Körperschaft gehört in Kurland, Livland, Estland, wie auf der Insel Oesel ein bedeutender Güterbesitz, der ihr aus der dänischen und schwedischen Zeit, wie auch durch Peter den Großen verbrieft und noch im Anfang dieses Jahrhunderts durch Alexander I. bestätigt ist. Dieser Besitz zerfällt in Hofgüter und Bauerngüter, welche letztere an Bauern verpachtet sind. Die Ritterschaft bezahlt aus den Einkünften dieser Güter — wie es in obiger Bestätigung Alexander's I. heißt — „die Bedürfnisse des Adels", d. h. die Repräsentationskosten für gewisse Wahlbehörden, wie die Landräthe, Adelsmarschälle, für adelige Stifte u. s. w., aber auch für gemeinnützige Einrichtungen, wie die Post, die Schulen und die Polizei. Mit der Zeit begann die Ritterschaft, wozu sie gesetzlich vollkommen berechtigt, die Bauerngüter an die Bauern zu verkaufen, was für beide Theile vortheilhafter war. Durch einen am 15. März erlassenen Ukas ist dieser Verkauf nun verboten worden. Der Ukas kam zu spät; denn in Kurland und Livland wenigstens sind so ziemlich alle ritterschaftlichen Bauerngüter bereits verkauft. Dies ist der Regierung auch ziemlich gleichgültig; sie verfolgt augenscheinlich mit jenem Ukas einen ganz andern Zweck, nämlich den, zu beweisen, daß ihr und nicht der Ritterschaft das oberste Recht über jene Güter gebührt, und zwar über die Hofgüter wie über die Bauerngüter. Unter den jetzigen Verhältnissen liegt somit die Befürchtung sehr nahe, daß die Hofgüter der Ritterschaft genommen und in staatliche Domänen umgewandelt werden. Man sieht in den betreffenden Kreisen einer solchen Gewaltmaßregel mit großer Besorgniß entgegen; denn indem man der Ritterschaft jene Güter und deren Einkünfte entzieht, gefährdet man geradezu ihren Bestand in der jetzigen Form. Noch eine andere Härte droht für die nächste Zeit. Bisher ist die Polizei in den Händen der Gutsbesitzer, welche dieselbe auch selbst und zwar sehr hoch bezahlen. Die Polizei soll nun eine staatliche werden, eine Maßregel, die ohnehin schon ihre empfindlichen Nachtheile haben wird; aber nicht genug damit: man will die Gutsbesitzer nunmehr die Ketten für die staatliche Polizei tragen lassen, was geradezu eine schreiende Ungerechtigkeit wäre. Unter diesen und allen anderen Verhältnissen, namentlich der religiösen Bedrängung, sieht man in den baltischen Kreisen der Zukunft recht trüb entgegen. Man hofft wohl auf den bevorstehenden Besuch des Großfürsten Wladimir nebst Gemahlin, befürchtet jedoch, daß auch durch diesen wenig geändert werden wird. Auch der Großfürst vermag nichts, selbst wenn er seinen Einfluß verwenden wollte, gegen eine so allmächtige Persönlichkeit wie die des Oberprocurators des „heiligen" Synods, Pobedonoszew, der mit einem wahrhaft fanatischen Eifer den lutherischen Glauben in den Ostseeprovinzen zu unterdrücken versucht. Aber auch in den inneren Verhältnissen und namentlich denen der Ostseeprovinzen hat Pobedonoszew eine große Stimme, und er, ein Haupt der heutigen Conservativen, geht hierin Hand in Hand mit dem auf dem äußersten linken Flügel stehenden, bereits recht roth angehauchten Justizminister Manassein und ähnlich gesinnten höheren und niederen Beamten.

* Der **französische Kriegsminister Boulanger** hat kürzlich bei seinem Besuche der Kriegsschule von Saint-Cyr an die dortigen Zöglinge wieder eine jener Ansprachen gehalten, die wegen ihres leisen Anklangs an den Revanchegedanken bei einem Theil des französischen Volkes bisher so beifällig aufgenommen worden sind. Einem Pariser Telegramm der „Vossischen Zeitung" zufolge sagte General Boulanger: „„Die Rolle des Officiers ist gegenwärtig die eines Lehrers." Ehe man Heere führt, muß man den Soldaten bilden können, dieses so oft unverstandene, bescheidene Kraftelement, das in geübten Händen und unter hochgesinnten Führern ein wunderbar mächtiges Werkzeug wird. Vergessen Sie nie, daß die Heere, wie einen Kopf, so auch ein Herz haben, und daß mit der Abrichtung des Soldaten seine innere Erziehung eng verknüpft sein muß. Oeffnen Sie Ihren Geist den Gedanken Ihres Jahrhunderts weit. Lassen Sie sich vom Hauche des Fortschritts durchdringen, der Ihre bevorzugte Generation so weit und hoch tragen wird. Unsere Fahne wird ihre Tage des Ruhmes wiederfinden, ich bin davon fester als je überzeugt, seit ich in Ihren Augen den edlen Spruch gelesen habe: „Alles für Frankreich!""

* **In Serbien** fanden am 8. Mai die **Wahlen** für die nächste dreijährige Session der **Skupschtina** statt. Das Königreich ist in 22 politische Verwaltungskreise eingetheilt, welche zusammen 102 Wahlbezirke, und zwar 22 Stadt- und 80 Landwahlbezirke zählen. Es giebt im Ganzen in Serbien 302,702 Wähler, welche 121 Abgeordnete zu wählen haben. Die Wahl wird auf dem Lande durch Wahlmänner, also indirect, und in den Städten direct vorgenommen. Nach den Artikeln 46 und 47 der Verfassung vom Jahre 1869 hat jeder volljährige Serbe, der mehr als 15 Dinars (Francs) an directen Steuern zahlt, das active Wahlrecht. Außerdem kann ein solcher Staatsbürger auch zum Wahlmanne gewählt werden. Dagegen kann zum Abgeordneten nur derjenige gewählt werden, der das dreißigste Lebensjahr erreicht hat, mehr als 30 Dinars als directe Steuern entrichtet und sowohl in bürgerlicher als auch in politischer Beziehung unbescholten ist. Auf dem Lande entfällt auf je 3000 Wähler Ein Deputirter, die Kreisstädte wählen ohne Rücksicht auf die Anzahl ihrer Wähler ebenfalls je einen und die Hauptstadt Belgrad zwei Abgeordnete. Bei den Urwahlen wählen je 100 Wähler 4 Wahlmänner. Außer den 121 durch das Volk gewählten Abgeordneten giebt es auch sogenannte Regierungs-Deputirte, d. h. der König ernennt auf je 3 Volksvertreter Einen Regierungsvertreter aus der Mitte jener Personen, welche durch ihre wissenschaftliche Bildung oder ihre sociale Stellung sich dazu eignen. Die Zahl der Regierungs-Deputirten beträgt gegenwärtig 40, so daß die ganze Skupschtina aus 161 Mitgliedern bestehen wird. Wie der Belgrader Correspondent der „Neuen Freien Presse" schreibt, glaubt man in der serbischen Hauptstadt, daß bei der Wahl etwa 70 bis 80 oppositionelle, d. h. radicale und liberale, und 40 bis 50 regierungsfreundliche Skupschtinaren gewählt werden. Selbst mit den 40 Regierungsvertretern würde somit das Cabinet Garaschanin nur über eine geringe Mehrheit verfügen.

* Die Verhandlungen zwischen dem **englischen Premier** und Mr. **Chamberlain** bezüglich des Verbleibens der Irländer im Reichsparlament haben bislang noch zu keinem Ergebniß geführt, da letzterer nur unter dieser Bedingung die zweite Lesung der Homerule-Bill unterstützen will und auch verlangt, daß die von der Regierung vorzuschlagenden Amendements eingebracht werden, ehe er einwilligt, die Bill zu unterstützen. Man glaubt, daß das Cabinet bis jetzt nicht im Stande gewesen ist, irgend eine Methode ausfindig zu machen, nach welcher im Einklange mit dem Princip von Mr. Gladstone's Bill die irischen Mitglieder fortfahren könnten, in Westminster zugegen zu sein. Die Regierung ist bereit, dem Princip Wirkung zu geben, wenn sie irgend einen Weg dazu findet; aber es verlautet, daß die Schwierigkeiten sehr ernst sind. Im Ganzen haben sich jetzt, außer den Anhängern Chamberlain's, 65 Liberale gegen die irischen Vorlagen erklärt. Nichtsdestoweniger wird Gladstone selber am Montag die zweite Lesung der irischen Verwaltungsvorlage beantragen.

Zur griechisch-türkischen Verwickelung.

* Zum Stande der **griechischen Frage** liegen heute die folgenden, meist schon Bekanntes ergänzenden Meldungen vor:

Wien, 8. Mai. (Kölnische Zeitung.) Die **Geschäftsträger** der fünf Großmächte Rußland, Oesterreich, Deutschland, Italien und England haben heute Mittag 12 Uhr in Athen eine gemeinsame Note überreicht, wonach sie die Blockade über alle griechischen Häfen der Ostküste erklären. Das internationale Geschwader in der Suda-bucht wird nunmehr sofort den Befehl erhalten, diese Blockade für alle Häfen effectiv zu machen. Doch werden sicherem Vernehmen nach von der Blockade nur die griechischen Schiffe, nicht aber die Fahrzeuge anderer Mächte betroffen werden. Bezeichnend ist, daß Frankreich sich auch an diesem Schritte wiederum nicht betheiligt hat. Uebrigens sei hervorgehoben, daß die Geschäftsträger nicht bloße chargés des affaires, also nur zur Erwickelung der laufenden Geschäfte, sondern wirkliche chargés d'affaires und als solche von ihren Gesandten vor deren Urlaubsantritt dem griechischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten angemeldet sind.

* **Rom**, 8. Mai. (Kölnische Zeitung.) Das Auswärtige Amt glaubt trotz der durch Frankreich verpfuschten Lage nicht an Krieg, weil Rußland thatsächlich den Frieden wünsche. Delyannis' dreiste Antwort sei aus Gründen innerer Politik hervorgegangen und nur eine stolze Rückzugsstraße. Italien wird sich keinesfalls von den drei Friedensmächten trennen und auch an der Blockade theilnehmen. — Die Aussichten eines ministeriellen Wahlsieges mehren sich.

* **Paris**, 8. Mai. (Kölnische Zeitung.) Die Antwort des Ministerpräsidenten Delyannis auf die gemeinsame Note der Mächte lautet wörtlich: „Der Unterzeichnete beehrt sich, Ihren Excellenzen den bevollmächtigten Gesandten von Italien, Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Großbritannien, sowie dem Geschäftsträger Rußlands den Empfang der Note anzuzeigen, mit welcher die Vertreter der Mächte ihn unterm 6. ds. beehrt haben und in welcher sie mittheilen, daß ihren Regierungen, obschon sie von den friedlichen Versicherungen des athenischen Cabinets Kenntniß genommen haben, diese Versicherungen nicht bestimmt genug erschienen sind, daß dieselben zum angestrebten Ziele führen könnten, und daß infolge dessen Ihre Excellenzen Weisungen erhalten haben, den Unterzeichneten zu ersuchen, ihnen im Laufe des Tages bestimmtere Erklärungen zu geben. Die königl. Regierung, die bereits unterm 17. (29.) April den Vertretern der Mächte in einer gleichlautenden Note Erklärungen über die Aenderung ihrer Politik gegeben hat, bedauert, daß diese Erklärungen als ungenügend betrachtet werden, kann sich aber nur auf ihre vorerwähnte Note beziehen."

* **Paris**, 8. Mai. (Kölnische Zeitung.) Aus **Athen**, Mitternacht, wird gemeldet: Man glaubt hier, daß die internationale Flotte morgen zur Blockade des Piräus in den Hafen einlaufen werde. Die Bevölkerung verhält sich ruhig; der Gedanke eines Krieges mit der Türkei wird durchweg günstig aufgefaßt. In der griechischen Presse wird die Haltung der fünf Großmächte heftig getadelt, welche weniger den Frieden wollen als eine Demüthigung Griechenlands. Das Gerücht, daß Delyannis zurücktreten werde, soll unbegründet sein. Nachrichten von der Grenze besagen, die türkischen Vorposten hätten sich landeinwärts zurückgezogen.

* **London**, 8. Mai. (Kölnische Zeitung.) Die **Haltung Rußlands** wird hier für beleidigungserregend gehalten. Die „Times" macht Rußland und Oesterreich für den Kriegsfall verantwortlich. Der „Standard" führt einen angeblichen Ausspruch Bismarck's an, daß jüngst ein kalter Wind von Norden über Athen wehe. Alle Blätter bekämpfen äußerste Energie, besonders „Daily News", welche unerwarteterweise einen Angriffskrieg der Türkei gegen Griechenland im Falle der Ohnmacht der Mächte für gerechtfertigt erklärt. Das Gerücht, daß Rosebery's Energie durch den Widerstand verschiedener Cabinetsmitglieder gelähmt werde, findet in conservativen Kreisen Glauben.

Athen, 8. Mai. (W. T.-B.) Die Geschäftsträger der fünf Mächte zeigten heute der griechischen Regierung an, daß der Blockadezustand über die Ostküste Griechenlands von Kap Malia bis zur griechisch-türkischen Grenze für griechische Schiffe verhängt worden sei. (Wiederholt.)

* **Kanea**, 8. Mai. (W. T.-B.) Durch kaiserlichen Erlaß wird die Eröffnung der kretensischen Generalversammlung bis zum 12. Juli c. vertagt. — Die englischen Panzerschiffe „Neptune" und „Cornwallis" und die italienischen Panzerschiffe „Maria Pia" und „Colonna" sind mit den Gesandten Englands und Italiens an Bord vom Piräus in der Sudabai angekommen. (Wiederholt.)

* **Smyrna**, 8. Mai. (W. T.-B.) Der deutsche Gesandte in Athen, v. d. Brincken, ist an Bord des deutschen Panzerschiffs „Friedrich Karl" hier eingetroffen und begiebt sich von hier nach Konstantinopel. Der „Friedrich Karl" kehrt nach der Sudabai zurück.

* Aus **Petersburg**, 4. Mai, wird der „Kölnischen Zeitung" geschrieben:

Es ist merkwürdig, mit welcher Hartnäckigkeit sich auch in ganz gut unterrichteten Kreisen das Gerücht — als solches bezeichne ich es nur — aufrecht erhält, es werde doch noch eine Zusammenkunft des Kaisers mit dem Sultan auf dem Schwarzen Meere stattfinden. Ebenso wird immer noch behauptet, die letzten Verhandlungen mit der Türkei hätten außer der etwaigen russischen Be-